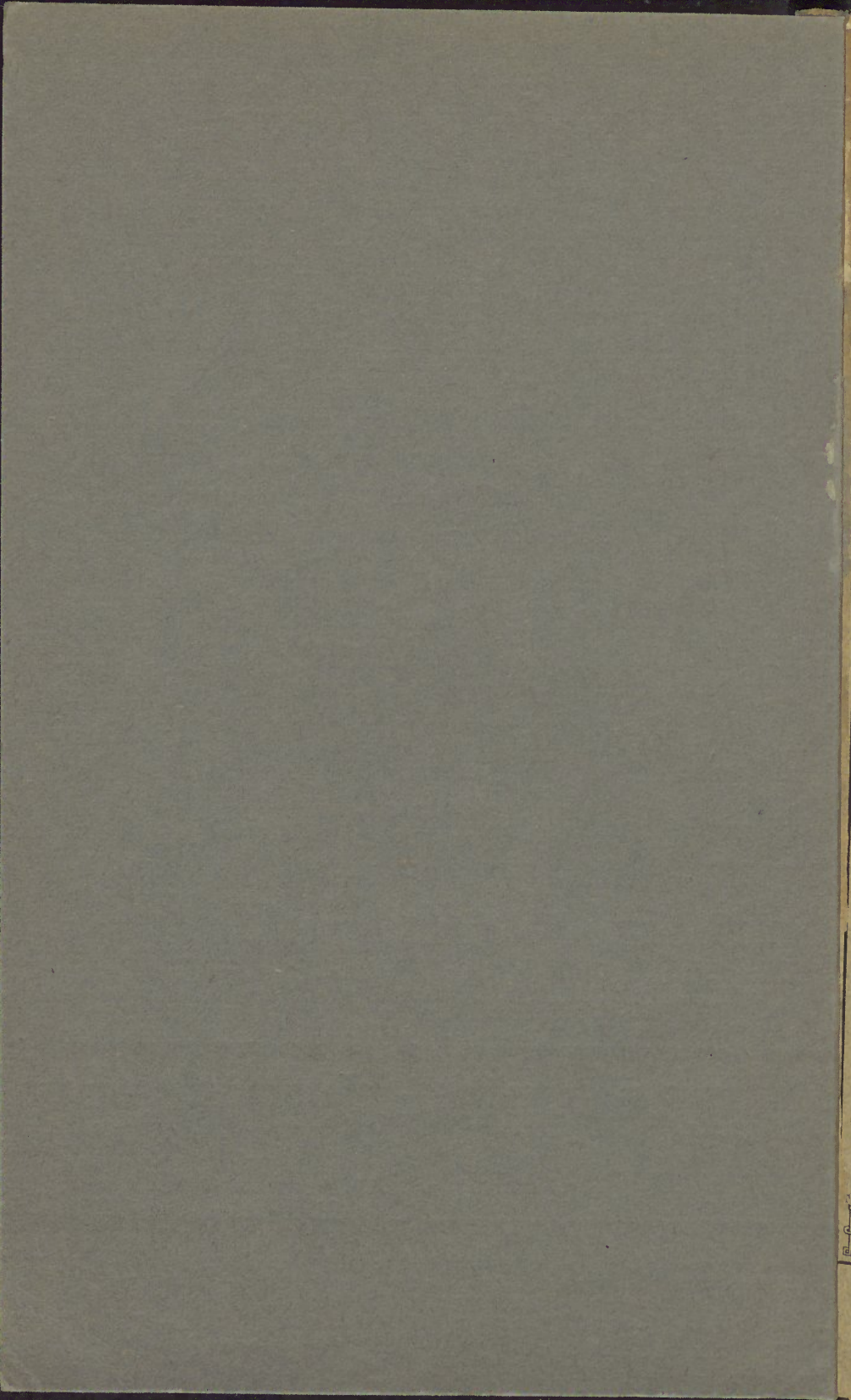




**Bibliothek
des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel**

Signatur

B_15803





Börsensteuer

und

Börsen-Organisation.

Vortrag

gehalten im


Verein für deutsche Volkswirthschaft

von

Dr. Otto Arendt.

Berlin 1885.

Walther & Apolant.



2

Börsensteuer

und

Börsen-Organisation.

Vortrag

gehalten im

Verein für deutsche Volkswirthschaft

von

Dr. Otto Arendt.

4562



Berlin 1885.

Walther & Apolant.



Börsensteuer und Börsen-Organisation. *)

Meine Herren! Die Börsenfrage, über welche ich Ihnen heute zu referiren habe, berührt so viele berechnigte und unberechnigte Interessen und steht so sehr im Vordergrund des politischen Parteikampfes, daß eine ruhige, sachgemäße und objective Erörterung derselben hier gewiß am Platze ist.

Um nun zunächst meine Auffassung der Börse überhaupt zu präcisiren, so halte ich die Börse für ein überaus nütliches und volkswirtschaftlich segensreiches Verkehrsinstitut, das so nöthig und so unentbehrlich ist, daß man es morgen wieder öffnen müßte, wenn man es heute schließen würde. Es giebt innerhalb der bestehenden Wirtschaftsordnung keine Production ohne Capital, und der Markt des Capitals ist die Börse. Hier begegnet sich Angebot und Nachfrage nach Capital und gleicht sich unter einander aus. Die moderne Verkehrsentwicklung wäre undenkbar ohne die Börse.

Ich halte demnach jedes Uebelwollen oder gar jeden Haß gegen die Börse für unberechtigt und schädlich. Indessen, m. H., ich verwechsle nicht die Börse mit dem Börsenschwindel, ich unterscheide zwischen dem legitimen soliden Geschäft und der bloßen Jobberei, zwischen gesunder Spekulation und wilder Agiotage. Die Ausschreitungen der Börse sind leider so in den Vordergrund getreten, daß man darüber den höchst nützlichen Kern des Börsengeschäfts kaum noch sieht. Die Schädigungen, welche die gesammte Volkswirtschaft durch die Ausschreitungen der Börse erlitten hat, haben dahin geführt, daß der Name „Giftbaum“ für die Börse typisch werden konnte. Es muß demgegenüber als eine unerlässliche Pflicht und wichtige Aufgabe der Gesetzgebung bezeichnet werden, die Ausschreitungen der Börse zu bekämpfen, ohne das solide Börsengeschäft zu mindern oder gar zu hindern.

M. H., in weiten Kreisen der Bevölkerung giebt man sich gegenwärtig der Hoffnung hin, daß mittelst der Börsensteuer zugleich eine namhafte Erhöhung der Reichseinnahmen und eine Beschränkung des Börsenspiels zu erzielen sei. Diese Hoffnung muß ich als eine eitle bezeichnen. Es ist ein Widerspruch in sich, wenn eine Steuer einerseits hohe Erträge liefern und andererseits den Börsenverkehr, der jetzt

*) Separatabdruck aus Nr. 5 des „Export“, Organ des Centralvereins für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande (Verlag von Walther & Apolant in Berlin).

zum grofsen Theil Spekulationsverkehr ist, beschränken soll. Bringt die Steuer viel ein, so muß der Börsenverkehr floriren, ist die Steuer so hoch und vexatorisch, daß das Spiel beschränkt wird, dann können die Einnahmen nur gering sein. Man könnte nun sagen: Gut, verzichten wir auf hohe Einnahmen, wenn wir nur der Agiotage ein Ende machen! Gegen eine solche Anwendung der Steuerschraube muß ich mich ganz entschieden erklären. Hier würde man eben das solide, nützliche und nöthige Börsengeschäft ganz ebenso treffen, wie die Ausschreitungen einer zügellosen Speculation. Mittelst der Börsensteuer ist demnach eine Bekämpfung des Börsenschwindels nicht möglich und nicht wünschenswerth, wohl aber glaube ich, daß durch Organisation der Börse und des Börsengeschäfts die zur öffentlichen Calamität gewordene Spielwuth an der Börse im Zaum gehalten werden kann. Da nun die Schäden, welche unsere gesammte wirthschaftliche Entwicklung durch die Ausschreitungen der Börse erduldet, erheblich schwerer ins Gewicht fallen, als die etlichen Millionen, welche die Börsensteuer etwa einbringt, so ist die Organisation der Börsen von erheblich größser Wichtigkeit als die Börsenbesteuerung. Hierzu kommt, daß an einer organisirten Börse sich jedenfalls eine Steuer leichter, rationeller und ergiebiger durchführen läßt, als bei der jetzigen Börsenordnung. Ich würde es aber für unklug halten, wenn man den Sperling in der Hand für die Taube auf dem Dach fortgeben wollte. Die Frage der Börsen-Organisation wird eine jahrelange Vorbereitung nöthig haben, die Börsensteuer kann schnell und ohne Weiteres durchgeführt werden. Wir werden demnach zunächst die Durchführung einer gerechten Börsensteuer anzustreben haben; damit aber ist die Börsenfrage keineswegs gelöst, wir müssen dann vielmehr mit aller Energie die erheblich wichtigere Börsen-Organisation verwirklichen. Ergiebt sich dann an der organisirten Börse die Möglichkeit, eine bessere Steuer durchzuführen, desto besser! Wir haben dann wenigstens von der jetzigen Steuer den Vortheil, daß mittelst derselben die Börse in der Zwischenzeit in gebührender Weise zu den Staatslasten beiträgt.

Ich werde nun im zweiten Theil meines Vortrages die Organisation der Börse besprechen, jetzt aber zunächst die Börsenbesteuerung unter der bestehenden Börsenordnung ins Auge fassen.

Wir müssen uns hier zunächst die Frage vorlegen: ist eine Börsensteuer überhaupt wünschenswerth oder nöthig? Hier kann wohl kein Zweifel darüber aufkommen, daß das Reich dringend neuer Einnahmequellen bedarf. Es ist deshalb rein sophistisch, wenn die deutschfreisinnige Partei, um das Odium einer Gegnerschaft gegen die populäre Börsensteuer von sich abzuwälzen, erklärt, daß sie zwar für die Börsensteuer sei, dieselbe aber nur dann bewilligen wolle, wenn andere Steuern dafür erlassen würden. Die Dinge liegen so, daß andere Steuern eingeführt werden müssen, wenn die Börsensteuer nicht zu Stande kommt. Nun aber sind Landwirthschaft und Industrie, Handel und Gewerbe mit Steuern bereits überlastet, während unstreitig das mobile Capital sich der Besteuerung noch am meisten entzogen hat. Man

beachte nur, daß z. B. in Preußen die Einkommensteuer Arbeitseinkommen, Erwerbseinkommen und Capitaleinkommen gleich schätzt, während doch offenbar der Capitalbesitz steuerkräftiger ist, als der prekäre Lohn oder Erwerb. Ueberdies vermag sich das Capitaleinkommen leichter der Cognition und damit der Steuer zu entziehen, als der viel leichter constatirbare Lohn oder Erwerb. Es ist nur eine Forderung ausgleichender Gerechtigkeit, nicht Haß oder Mißgunst gegen das mobile Capital, wenn demgegenüber eine stärkere Heranziehung desselben zu den Staatslasten gefordert wird. Als Erwerbssteuer hat hier die Capitalrentensteuer, als Umsatzsteuer die Börsensteuer einzutreten, die einander gegenseitig trefflich ergänzen. Beinahe jede Art der Capitalbethätigung wird durch eine Umsatzsteuer berührt, bei Immobilien wird sogar der hohe Satz von 1 pCt. des Umsatzes erhoben: warum sollen demgegenüber die Umsätze des mobilen Capitals von einer Umsatzsteuer freibleiben? „Die Verkehrsbesteuerung“, sagt R. Friedberg, „hat überall da einzutreten, wo die richtige Abschätzung des periodisch wiederkehrenden Ertrages auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt, so daß hier die Besteuerung der einzelnen Erwerbsacte der Ertragsbesteuerung vorzuziehen ist.“

Das ist der Rechtsgrund für die Börsensteuer, die zugleich als Conjunctionsteuer wirkt, indem sie einen Theil der Börsengewinne in den Staatsäckel liefert. Zum Theil haben wir es auch mit einer Supplementsteuer zur Gewerbesteuer zu thun. In der Hauptsache aber ist es eine Umsatzsteuer des mobilen Capitals, und hieraus folgt einmal, daß die Steuer billigerweise procentual abgestuft werden muß und dann, daß die Einrede, man solle lieber eine allgemeine Quittungssteuer einführen, das Wesen der Sache mißverstehet. Die Quittungssteuer würde ganz andere Kreise treffen, sie kann nimmermehr anstatt der Börsensteuer in Frage kommen, höchstens könnte discutirt werden, ob es nöthig ist, sie neben der Börsensteuer durchzuführen.

Wenn ich mich nun der Börsensteuer selbst zuwende, so werden uns hier 3 Fragen zu beschäftigen haben: 1. das Object der Besteuerung, 2. die Steuererhebungsart und 3. der Steuerbetrag.

Aus der Definition der Börsensteuer als Umsatzsteuer des mobilen Capitals folgt bereits, daß als Steuerobject nur das Börsengeschäft und nicht das Waarengeschäft zu betrachten ist, daß aber andererseits alle Börsengeschäfte der Steuer zu unterwerfen sind. Das Capital, soweit es im Waarengeschäft thätig ist, unterliegt bereits einer Reihe anderer Steuern; es würde demnach eine Doppelbesteuerung sein und dem Wesen der Börsensteuer widersprechen, wenn man es hier mit heranzöge.

Sie erinnern sich nun, m. H., daß im Mai vorigen Jahres die Regierung einen Gesetzentwurf vorlegte, der das gesammte Waarengeschäft getroffen hätte, und deshalb mit Recht auf lebhaften und allseitigen Widerstand stieß. Der Bundesrath hat diesen Gesetzentwurf wesentlich umgearbeitet, und diese Umarbeitung ist es, die jetzt als Antrag des Herrn v. Wedell-Malchow dem Reichstag vorliegt.

Nach dem gegenwärtigen Entwurf ist es Sinn und Absicht des Gesetzgebers, das Waarengeschäft ausserhalb der Besteuerung zu belassen. Es ist dies indessen nicht ganz gelungen, indem, wenn auch in seltenen Fällen, der Waarenzwischenhandel steuerpflichtig werden könnte. Die Schwierigkeit beruht darin, daß die Umsätze der Productenbörse von der Steuer betroffen werden müssen und daß es schwer ist, den Waarenhandel an der Productenbörse durch äußerliche Merkmale von dem sonstigen Waarenhandel auszusondern. Die Vorlage spricht hier von Waaren, die nach Maß, Zahl oder Gewicht gehandelt werden. Es wäre vielleicht wünschenswerth, hier das Wort „Massengüter“ in das Gesetz hineinzubringen. Der Begriff „Massengüter“, der sich mit dem juristischen Begriff der vertretbaren Sachen deckt, giebt eine klare Unterscheidung. An der Productenbörse werden nur Massengüter gehandelt, während der eigentliche Waarenhandel lediglich Individualgüter (nicht vertretbare Güter) umfaßt. Es bedarf meines Erachtens nur einer solchen redactionellen Veränderung, um jede Inanspruchnahme des Waarengeschäfts fernzuhalten.

Noch auf einen anderen Punkt möchte ich Ihre Aufmerksamkeit lenken, der bisher unerörtert blieb. Ich würde es für sehr wünschenswerth halten, wenn der Handel in Wechseln auf das Ausland, in ausländischen Banknoten und fremdem Papiergeld von der Börsensteuer frei bliebe. Es sind hauptsächlich unsere Kaufleute und Industriellen, welche bei Zahlungen an das Ausland oder vom Auslande Umsätze in fremden Devisen vollziehen. Die Steuer träfe also hier vornehmlich Handel und Industrie und nicht die Börse. Wenn die Arbitrage von dieser Steuerbefreiung Nutzen hat, so ist auch das wünschenswerth, da die Arbitrage überwiegend ein zweites bereits versteuertes Geschäft voraussetzt und ihre Operationen gerade auf diesem Gebiet volkswirtschaftlich entschieden nützlich sind. Eine eigentliche Börsenspekulation giebt es auf diesem Gebiet überhaupt nicht, soweit es sich um Staaten handelt, welche geordnete Geldverhältnisse haben. Nur denjenigen Ländern gegenüber, in denen der Zwangscurs herrscht, sind Valuta-Spekulationen möglich. Diese mögen für den inländischen Verkehr Störungen bewirken, allein den größeren Schaden bringen sie den Zwangscursländern selbst, und wenn diese dadurch veranlaßt würden, ihr Geldwesen zu ordnen, so wäre das für Deutschland von außerordentlichem Nutzen. Vielleicht veranlaßt diese Anregung weitere Schritte der beteiligten Kreise in diesem Sinne.

Erheblich schwieriger, als die Feststellung des Steuerobjectes, ist die Feststellung der Steuererhebungsart. Hier bestimmt der Antrag von Wedell-Malchow:

„Im Inlande wohnhafte Personen, welche nach Tarifnummer 4 abgabepflichtige Geschäfte für eigene Rechnung oder als Commissionäre (Handelsgesetzbuch Artikel 360) gewerbsmäßig betreiben, gleichviel ob sie in das Handelsregister eingetragen sind oder nicht, haben ein auf ihren Namen lautendes, von der Steuerbehörde beglaubigtes Steuerbuch zu

führen und in dasselbe die von ihnen oder in ihrem Namen von Anderen abgeschlossenen abgabepflichtigen Geschäfte einzutragen.

Die Eintragung muß die wesentlichen Bedingungen des Geschäfts und den Betrag der von dem Eintragenden zu entrichtenden Abgabe (§ 8) enthalten. Am Schlusse des Monats ist das Buch abzuschließen und ein Auszug hieraus spätestens am sechsten Tage des folgenden Monats unter Einzahlung des berechneten Abgabebetrages an die Steuerbehörde abzuliefern.

Der Auszug muß die laufenden Nummern und das Datum der in dem Steuerbuch verzeichneten Geschäfte, sowie die für letztere berechneten Steuerbeträge enthalten und von dem zur Führung des Steuerbuchs Verpflichteten durch Unterschrift als richtig bestätigt sein.“

Meine Herren! Diese Controlbestimmungen kann ich nicht gutheissen. Erwägen Sie zunächst, welche enorme Arbeitslast dadurch dem Verkehr aufgeladen wird, wie sehr die Leichtigkeit und Beweglichkeit des Geschäftes dadurch gehemmt wird; dann bitte ich zu beachten, daß ein Heer von Beamten nöthig sein würde, um die Unzahl der Steuerbücher durchzurechnen und zu vergleichen. Ein sehr erheblicher Theil der Steuererträge würde durch die Erhebungskosten verschlungen, wobei außerdem zu berücksichtigen ist, daß durch den vexatorischen Charakter der Steuerbücher der Börsenumsatz erheblich reducirt würde. Es ist anzunehmen, daß gerade die honetten Elemente an der Börse sich, ehe sie sich einer solchen Controle unterwerfen, vom Geschäft zurückziehen. Auch diese moralische Wirkung ist nicht zu unterschätzen, denn es ist gerade Sache der Gesetzgebung, auf eine Stärkung der ehrenhaften Elemente an der Börse hinzuwirken. Der ausschlaggebende Grund aber ist der, daß durch diese Controle das Geschäftsgeheimniß, das jedem Kaufmann heilig ist, preisgegeben wird. Auch hiervon müßten die Folgen sehr traurige sein. Es ist mit Recht hervorgehoben worden, daß subalterne Beamte hier Kenntnisse erlangen, welche für die Concurrrenz hohen Werth haben. Hüten wir uns, hierdurch eine Quelle der Corruption für unseren Beamtenstand zu schaffen, dessen Integrität und Zuverlässigkeit die festeste Stütze unseres Staates ist.

M. II.! Ich erachte es durchaus für möglich, ohne so weitgehende Mafsregeln eine genügende Besteuerung der Börse durchzuführen. Ich glaube, daß dasjenige Princip der Steuererhebungsart am Besten zum Ziele führt, welches dem Antrag Oechelhäuser zu Grunde liegt: der Schlufsnotenzwang. Freilich glaube ich nicht, daß der Antrag Oechelhäuser nach dieser Richtung hin genügen kann. Dieser Antrag sagt:

„§ 6. Alle im Inlande wohnhaften Personen, welche nach Tarifnummer 4 abgabepflichtige Geschäfte für eigene Rechnung oder als Commissionäre gewerbsmäfsig betreiben, sind verpflichtet, nach erfolgtem Abschluß von solchen Geschäften zum Zwecke der Besteuerung Schlufsnoten (Schlufszettel, Schlufsscheine, Schlufsbriefe) auszustellen. Eine Schlufsnote, insofern sie sich nicht auf Platzgeschäfte bezieht, kann

mehrere abgabepflichtige Geschäfte umfassen, vorausgesetzt, daß sie an demselben Tage zwischen den nämlichen Contrahenten und in gleicher Eigenschaft abgeschlossen worden sind."

M. H.! Merkwürdigerweise fehlt indessen im Antrag Oechelhäuser jede Bestimmung darüber, was mit denen geschieht, welche der Verpflichtung, Schlussscheine auszustellen, sich entziehen. Im § 11 des Gesetzentwurfs sind nur diejenigen unter Strafe gestellt, welche die speziellen Stempelvorschriften des § 7 übertreten, nicht aber diejenigen, welche § 6 nicht innehalten. Sollen diese etwa einfach wegen Steuercontravention bestraft werden?

M. H.! Ohne genügende Strafe und Controlbestimmungen ist der Antrag Oechelhäuser ein Messer ohne Klinge. Schon jetzt werden eine große Zahl der Börsengeschäfte ohne Makler und ohne Schlussscheine vollzogen, später würde das noch in größerem Umfang der Fall sein. Auch die Strafandrohung im § 11 des Oechelhäuser'schen Entwurfs ist ungenügend, der 50fache Betrag der Steuern ist bei den niedrigen Sätzen Oechelhäusers ganz unwesentlich, wenn es sich um eine böswillige Steuerhintergehung handelt. Gestatten Sie, daß ich hierbei erwähne, daß die Strafandrohungen im Antrage des Herrn v. Wedell-Malchow keineswegs so drakonisch sind, wie die Presse verbreitete. Die harten Strafandrohungen beziehen sich nur auf böswillige Steuerentziehungen und hier sind sie durchaus am Platz. Bei fahrlässigen Uebertretungen ist laut § 23 einfach eine Ordnungsstrafe von 3 bis 30 Mark festgesetzt. Ich glaube, daß das Gesetz ausdrücklich zwischen fahrlässiger und böswilliger Steuerübertretung unterscheiden sollte; erstere wäre bis zum 25fachen, letztere bis zum 500fachen der hinterzogenen Steuern zu bestrafen. Wichtig wäre es, daß bei wiederholter böswilliger Steuerentziehung auf zeitweilige oder dauernde Entfernung von der Börse erkannt werden könnte.

M. H.! Wenn der Schlusnotenzwang wirksam sein soll, so ist es unerlässlich, daß das Gesetz jedes Börsengeschäft ohne Schlusnote für rechtsungültig erklärt. Da nun Schlusnotenzwang Maklerzwang bedeuten würde und es hier nicht darauf ankommen kann, auch diesen durchzuführen, so wäre das Wort „Schlusnote“ durch „schriftliche Beurkundung“ zu ersetzen und demnach zu bestimmen:

Alle im Inlande wohnhaften Personen, welche nach Tarifnummer 4 abgabepflichtige Geschäfte für eigene Rechnung oder als Commissionäre betreiben, sind verpflichtet, nach erfolgtem Abschluss von solchen Geschäften zum Zwecke der Besteuerung eine schriftliche Beurkundung über das Geschäft (Schlusnote, Quittung, Anerkennung) auszustellen. Ohne schriftliche Beurkundung abgeschlossene Geschäfte sind rechtsungültig. Wer nach Tarifnummer 4 abgabepflichtige Geschäfte ohne schriftliche Beurkundung abschließt oder die in diesem Gesetze erlassenen Stempelvorschriften verletzt, wird im Falle der Fahrlässigkeit bis zum 25fachen, wenn die Steuerhinterziehung eine böswillige war, bis zum 500fachen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft. Bei wiederholter böswilliger

Steuerhinterziehung kann auf zeitweilige oder dauernde Entfernung von der Börse erkannt werden.

Meine Herren! Diese Bestimmungen würden, glaube ich, durchgreifend wirken. Die gesammten großen Banken und Banquiers, der ehrenwerthe Theil der Börse überhaupt und ebenso das an der Börse Geschäfte machende große Publicum würde derartige Bestimmungen zweifellos innehalten; aber auch der Jobber, der geneigt ist, einem anderen Spekulant ohne schriftliche Beurkundung zu vertrauen, wird es sich überlegen, ob die geringe Ersparniß an Steuer das Risiko lohnt, das ihm z. B. aus einem plötzlichen Todesfall seines Partners erwächst. Hierzu kommt die Strafandrohung. Glauben Sie, daß die Börsenleute sich der Gefahr aussetzen werden, von ihrem Kassenboten, von ihrem Personal denunziert zu werden? Aber selbst wenn ein gewisser Betrag der Steuer defraudirt wird, ist das nicht bei allen Steuern der Fall? Es ist notorisch, daß ein bedeutender Theil des Einkommens sich der Einkommensteuer entzieht; kann man dieselbe deshalb verwerfen? Selbst zugegeben, daß die schärfere Controle des Wedell-Malchow'schen Antrages höhere Erträge lieferte, was ich nicht glaube, weil durch diese der Börsenverkehr sich verringern dürfte: würden diese höheren Erträge den außerordentlich höheren Erhebungskosten entsprechen, welche das Heer von Steuer-Controlbeamten absorbiren würde?

Die Durchführung der obligatorischen schriftlichen Beurkundung der Börsengeschäfte entspricht demnach den fiscalischen und socialpolitischen Interessen, indem dadurch ein möglichst hoher Ertrag erzielt, während zugleich der Verkehr nicht wesentlich belästigt wird, da schon jetzt in der Regel über jedes Geschäft eine schriftliche Beurkundung ausgestellt wird und diese nur fortiele behufs Steuerhinterziehung. Hier aber bietet mein Vorschlag die einfachste Controle, indem die Rechtungiltigkeit nicht schriftlich beurkundeter Geschäfte bei gleichzeitiger Strafandrohung die Gewähr giebt, daß der Börsenverkehr mit verschwindenden Ausnahmen sich der Steuer unterwerfen muß.

M. H.! Ich komme nun zu der dritten Frage, zu der Frage des Steuerbetrags. Aus meinen obigen Ausführungen folgerte ich bereits, daß die Börsensteuer als Umsatzsteuer des mobilen Capitals eine procentuale sein müsse. Hier nun möchte ich zwei allgemeine Grundsätze an die Spitze stellen: 1. Ein Geschäft kann nur eine Steuer tragen, und 2. die Steuer summe muß einfach und klar sein, darf also nicht von langerwogenen Rechnungen abhängen und so der Durchsichtigkeit entbehren. Was den ersten Punkt betrifft, so kann die Thätigkeit des Commissionärs oder Maklers nicht als ein eigenes Geschäft betrachtet werden. Wenn ein Capitalist in der Provinz seinen Banquier in der kleinen Stadt beauftragt, für ihn Consols zu kaufen, dieser Banquier dem hauptstädtischen Banquier die Ordre überweist und dieser einen Makler beauftragt, der das Geschäft dann effectuirt, so handelt es sich um einen Auftrag und es ist deshalb auch nur eine Steuer zu entrichten. Der Antrag des Herrn von Wedell-Malchow scheint ur-

sprünglich auch keine andere Intention gehabt zu haben. In dem Entwurf findet sich in dieser Beziehung ein Widerspruch zwischen § 10 und 11 einerseits und § 9 andererseits; §§ 10 und 11 bestimmen, daß „wer, ohne als Makler vereidigt zu sein, gewerbsmäßig die Vermittelung von Geschäften der unter Tarifnummer 4 bezeichneten Art betreibt“ und (§ 11) „vereidigte Makler die von ihnen vermittelten Geschäfte in einem Auszug mittheilen müssen, wobei sie den Steuerbetrag nur dann einzuzahlen haben, wenn „nur solche Personen bei dem Geschäft betheiligt waren, die nicht die Verpflichtung zur Führung eines Steuerbuchs haben.“ Hieraus und aus § 8, der bestimmt: „Ist das abgabepflichtige Geschäft zwischen zwei zur Führung eines Steuerbuchs verpflichteten Personen (§ 7) geschlossen, so haben dieselben sich je die Hälfte der tarifmäßigen Abgabe zur Last zu schreiben; ist nur der eine Theil zur Führung eines Steuerbuchs verpflichtet, so hat dieser sich die ganze Abgabe zur Last zu schreiben“ — folgerte ich, daß auch Herr von Wedell-Malchow ein Geschäft nur einmal treffen will. Indessen, der § 9 seines Antrages bestimmt:

„Ist das Geschäft von einem Commissionär abgeschlossen, so ist die Abgabe sowohl für das Geschäft zwischen dem Commissionär und dem Dritten, als auch für das Abwicklungsgeschäft zwischen dem Commissionär und Committenten zu entrichten.“

M. H., diese widersprechenden Bestimmungen würden eine große Unklarheit hervorrufen und schließlich dahin führen, daß, um eine mögliche Steuerentziehung zu verhindern, in der Regel eine mehrfache Besteuerung desselben Geschäfts stattfindet. Praktisch müßte zunächst die Folge eintreten, daß das Bankgeschäft in den kleinen Städten aufhört und daß eine Centralisation des Verkehrs an wenigen Börsenplätzen stattfindet, die volkswirtschaftlich nicht wünschenswerth ist.

Wie ist der Grundsatz: „Ein Geschäft zahlt nur eine Steuer“ klar und praktisch in das Gesetz hineinzubringen? Ich würde hier die folgende Bestimmung vorschlagen.

Diejenigen Personen, welche gewerbsmäßig die unter Tarifnummer 4 bezeichneten Geschäfte vermitteln (Makler, Commissionäre, Banquiers) sind zur Zahlung der in diesem Gesetz festgesetzten Steuern verpflichtet. Das Abwicklungsgeschäft zwischen diesen Personen und den Committenten ist steuerfrei, sobald das durch die versteuerte Beurkundung nachgewiesene Geschäft zu ungeänderten Bedingungen auf den Committenten übergeht. Bei den ohne Vermittelung abgeschlossenen Geschäften sind beide Contrahenten für die Steuer verpflichtet.

M. H.! Wie die Vermittler und ihre Contrahenten untereinander sich über das Tragen der Steuer vereinbaren, das kann das Gesetz ihnen überlassen. Selbstverständlich wird der Verkehr die Abwälzung auf die Contrahenten bewirken, es entspricht das auch durchaus der Auffassung des Gesetzes als Umsatzsteuer des mobilen Capitals. Bezüglich der Stempelmarken selbst, durch welche die Steuer zu entrichten ist, genügen die im

jetzt giltigen Gesetz erlassenen Bestimmungen. Die Idee des Herrn Oechelhäuser, Stempelscheine zu verwenden, die durch ihre Theilung den Stempel, der in der Mitte angebracht ist, cassiren, verdient Erwägung. Es würde genügen, solche Stempelscheine zu 20 Pf. und zu 1 Mark herzustellen und außerdem Stempelmarken anzufertigen, die leicht in zwei Hälften theilbar sind. In diesem Fall wären diese Stempelscheine ebenso wie dies von mir für die schriftliche Beurkundung vorgeschlagen ist, obligatorisch zu machen, indem ohne sie Geschäfte rechtsungiltig und strafbar sind. Unterbleibt die Einführung der Stempelscheine, so muß das Gesetz festsetzen, daß, wenn jeder der beiden das Geschäft schließenden Theile eine schriftliche Urkunde über das Geschäft (Schlußnote) erhält, jede Urkunde die halbe Steuer zu tragen hat. Wo nur eine Beurkundung (Rechnung, Anerkennung) vollzogen ist, ist diese mit dem Gesamtbetrage der Steuer zu stempeln.

M. H.! Die Höhe der Steuer muß meines Erachtens lediglich so normirt werden, daß das legitime Börsengeschäft und die gesunde Spekulation darunter nicht leiden. Rücksicht auf Jobberei und Agiotage halte ich für völlig unnöthig, denn diese zu beseitigen oder zu beschränken, wäre außerordentlich nützlich. Unter diesem Gesichtspunkt ist für mich der Steuersatz des Antrages von Wedell-Malchow keineswegs zu hoch. Es ist hier $\frac{2}{10}$ vom Tausend, also $\frac{2}{10000}$ vorgeschlagen, von denen jeder der beiden Contrahenten die Hälfte trägt. Ich kann nicht anerkennen, daß eine derartige Steuer das solide Geschäft irgendwie zu schwer belastet. Man setze nur concrete Zahlen ein. Wer für 10 000 \mathcal{M} Consols kauft oder verkauft, wird sich gewiß nicht bedrückt fühlen, wenn er 1 \mathcal{M} Steuer entrichtet; wer eine gesunde Spekulation beabsichtigt, wird durch eine so geringe Abgabe sicher nicht behindert. Wenn jemand, was ich nicht glaube, beim Spiel in Creditactien sich durch diese Steuer behindert fühlt, nun, desto besser.

M. H.! Der Börsenschwindel ist eigentlich nur möglich durch das Differenzgeschäft. Könnten wir das Differenzgeschäft beseitigen, so wären die Börsenausschreitungen beseitigt. Das Differenzgeschäft aber ist unfafsbar, weil es formell überhaupt nicht existirt, es ist völlig identisch mit dem Zeitgeschäft und dieses ist volkswirthschaftlich nützlich und nothwendig. Aber, m. H., die soliden Zeitgeschäfte verschwinden thatsächlich gegenüber den unter der Form der Zeitgeschäfte versteckten Differenzgeschäften. Ich bin der Ansicht, daß die soliden, nützlichen und nöthigen Zeitgeschäfte in keiner Weise behindert werden, wenn wir sie, wie Oechelhäuser das vorgeschlagen, mit dem doppelten Satz der Contantgeschäfte belegen. Wer Werth darauf legt, an einem bestimmten Termin sich einen bestimmten Curs zu sichern, der wird im Stande sein, von 10 000 \mathcal{M} 2 \mathcal{M} Steuer zu zahlen. Wer eine Speculation vorhat, die ihm großen Gewinn zu bringen verspricht, den wird eine noch immer so geringe Abgabe doch nicht abhalten. Wer aber bloße Differenzgeschäfte treibt, der soll eben möglichst viel und möglichst schwer durch die Steuer betroffen werden. Leider wird aber thatsächlich die Steuer auch mit dieser Verdoppelung noch so niedrig sein, daß sich das

Börsenspiel nicht im Mindesten verringern wird. Bei 100 Stück Creditactien z. B. wird die Courtage hin und her 40 *M* ausmachen, die Steuer bei Kauf und Verkauf je 8 *M*, zusammen an Unkosten 56 *M*. Jedes Schwanken der Creditactien aber um nur 1 *M* bringt dem Speculanten 100 *M* ein und die Creditactie schwankt oft an einer Börse um 10 *M* und mehr. 100 Creditactien repräsentiren circa 50 000 *M*; man wird wirklich nicht behaupten können, daß 16 *M* Steuer für Kauf und Verkauf hier übermäßig hoch ist. Das Zeitgeschäft in fremden Wechseln, welches bei den bekannten Beispielen, die den Nutzen des Zeitgeschäfts illustriren sollen, stets eine Rolle spielt, habe ich ausdrücklich von der Steuer ausgenommen. Die Nützlichkeit des Zeitgeschäfts leugne ich nicht, im Gegentheil, der Nutzen ist so groß, daß dagegen die geringe Steuer von $\frac{2}{10000}$ gar nicht in Betracht kommt.

Man hebt nun immer das Arbitrage-Geschäft hervor und meint, dasselbe arbeite mit so geringem Nutzen, daß es bei einer höheren Besteuerung überhaupt aufhören müßte. Das ist eine absichtliche oder unabsichtliche Verkennung des Arbitrage-Geschäfts. Die Arbitrage arbeitet allerdings mit außerordentlich geringem Nutzen. Ihre Calculation beruht aber darauf, daß sie unter Berechnung aller Unkosten Operationen ausführt, um die Cursdifferenzen auszugleichen. Die neue Steuer ist einfach eine Vermehrung der Unkosten und wirkt als solche auf die Calculation. Vielleicht wird in Folge dessen der Arbitrageur bei einer gegebenen Cursdifferenz noch nicht operiren können, er wird dann warten, bis die Cursdifferenz sich noch etwas erweitert. Wenn dem Arbitrageur dabei einige Geschäfte entgehen, so ist das für ihn gewiß unangenehm, für die gesammte Volkswirtschaft aber gleichgiltig. Die Hauptsache ist, daß der Arbitrageur sofort wieder eingreift, wenn die Cursdifferenz die geringe Wirkung der Steuer überholt. Die Arbitrage ist volkswirtschaftlich außerordentlich nützlich und geradezu unentbehrlich für den modernen Verkehr, aber man rede uns nicht vor, daß dieselbe Differenzen von Procenten unausgenutzt lassen wird, weil sie $\frac{1}{10000}$ Steuer zu zahlen hat. Auch vor der Einführung des Fixstempels von 1881, der jetzt allgemein als zu niedrig erkannt ist, hieß es: die Arbitrage hört auf, das Börsengeschäft wandert ins Ausland. Seit Erlaß des Fixstempels hat nichtsdestoweniger die deutsche Börse, Dank der Machtentfaltung des Reichs, eine geradezu dominirende Stellung gewonnen. Die Börse sollte bedenken, was sie der Machtentfaltung des Reichs dankt, und sich nicht weigern, ihren Tribut für das Reich zu entrichten. Zu viel wird nicht gefordert. Wenn man uns aber trotzdem wieder mit einer Auswanderung der Börse droht, so rufen wir: „glückliche Reise!“ Das solide Geschäft wird nicht überlastet und bleibt, die Jobber aber entbehren wir gerne.

M. H.! Ich sagte schon vorher, daß ein Haupterforderniß der Steuer sein muß, daß sie klare und bündige Bestimmungen enthält. Sie wissen Alle, daß das Gesetz von 1881, um dessen Ersatz es sich jetzt zum Theil handelt, gerade dadurch außerordentlich lästig geworden ist, daß es an solchen klaren Bestimmungen fehlt. Wo die Gerichte über die Stempelpflicht im Zweifel

sind, da kann man dem Laien ein sicheres Urtheil nicht zumuthen. Es ist jetzt dahin gekommen, daß Mancher jedes beschriebene Stück Papier stempelt, und doch wird ein großer Theil der Steuer defraudirt. Daraus müssen wir lernen und die neue Steuer so klar wie möglich normiren. Schon Adam Smith gab als goldene Steuerregel, daß die Steuersumme dem Steuerzahler und jedem Anderen völlig klar und durchsichtig sein müsse. Hier kommen wir nun auf das meines Erachtens gewichtigste Bedenken gegen die procentuale Stempelsteuer. Ein Volkswirth, der das Verdienst hat, die Börsensteuerfrage mitangeregt zu haben, Dr. R. Friedberg, schreibt hierüber:

„Was zunächst die Anwendung des Stempels betrifft, so scheint uns dieselbe bei einer Werthumsatzsteuer auf unüberwindliche Schwierigkeiten zu stoßen. Das Hauptdocument des Geschäftsabschlusses, an das sich der Stempel halten müßte, wäre der Schlusßzettel. Es müßte also bereits beim Abschluß des Geschäftes der Stempel in seiner exacten Höhe entrichtet werden, was bei der Schnelligkeit und Massenhaftigkeit des modernen Börsenverkehrs zu fortwährenden unfreiwilligen Contraventionen führen würde. Auch ist das Verfahren etwas umständlich, es erfordert Zeit und Ueberlegung, das richtige Blankett oder die richtige Anzahl von Stempelmarken zu verwenden, so daß die Formalitäten des Geschäftsabschlusses eine unangenehme Verzögerung erfahren. Die Hauptschattenseite des Schlusßnotenstempels aber ist die, daß er gegen die Hinterziehung der Steuer absolut keine Garantien bietet. Die Schlusßnote ist entbehrlich, soweit es sich nicht um die durch die vereideten Makler vermittelten Geschäfte handelt, sie kann durch einfache Eintragung der Geschäfte in die beiderseitigen Journale ersetzt werden. Man darf nicht vergessen, daß das Börsenpublikum eine abgeschlossene Interessengruppe ist, die unter sich unbedingt auf Treu und Glauben hält. Wer an der Börse seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, der untergräbt seine eigene Existenz, denn er wird Niemanden finden, der noch fernerhin mit ihm Geschäfte zu machen geneigt ist. Die Urkunde des Vertrages und seine gerichtliche Klagbarkeit hat daher für die Börse nicht die Wichtigkeit, wie sonst wohl im geschäftlichen Verkehr, alles Gründe, die eine Vermeidung des Schlusßzettels als höchlichst wahrscheinlich erscheinen lassen.“

M. II.! Wenn das Geschäft ohne schriftliche Beurkundung rechtsgültig und strafbar ist, so wird sich die Börse nicht, wie Friedberg annimmt, dem Gesetze entziehen können, das habe ich ja bereits genügend erörtert; aber die Schwierigkeit ist anzuerkennen, welche die Festsetzung der procentualen Steuer vom Effectivumsatz mit sich bringt. Nun, m. II., hier giebt es, glaube ich, ein sehr praktisches und einfaches Aushilfsmittel. Wir müssen uns nur hüten, diesen Dingen mit kleinlicher Beschränktheit gegenüberzutreten. Darauf kommt es ja gar nicht an, daß die Steuer auf Heller und Pfennig procentual ist, wichtig ist es nur, daß im großen Ganzen der Steuersatz dem Umsatz entspricht. Erwägen Sie, wie außerordentlich niedrig der Steuersatz bemessen ist, wenn $\frac{2}{10000}$, oder bei Zeitgeschäften $\frac{4}{10000}$ von einem Geschäft erhoben werden. Da kommt es wirklich nicht darauf an, ob

die Einer, Zehner und selbst Hunderter ganz genau stimmen. Man wird hier dem Verkehr wesentliche Erleichterungen bieten und dadurch den Steuerertrag vermehren können, wenn man die gesetzlichen Bestimmungen möglichst wenig durch bureaukratische Pedanterie beeinflussen läßt. Man wird bis zu einem gewissen Grade den Fixstempel mit dem procentualen Stempel combiniren können, wie das auch schon Herr Oechelhäuser vorschlägt, dessen Sätze nur entschieden zu niedrig sind.

M. H.! Der Vorschlag, den ich Ihnen machen möchte und den ich Ihrer ganz besonderen Aufmerksamkeit empfehle, weil ich glaube, daß durch denselben die Einführung der Steuer wesentlich erleichtert wird, mein Vorschlag geht dahin, die Steuer nicht vom Effectivumsatz, sondern vom Nominalumsatz zu erheben, selbstverständlich soweit es sich um Effecten handelt. M. H.! Mein Vorschlag lehnt sich an bestehende Börseneinrichtungen an, denn bekanntlich wird die Maklereourtage auch nicht vom Effectiv-, sondern vom Nominalumsatz erhoben. Die Steuer gewinnt dadurch völlige Klarheit und Uebersichtlichkeit. Wer 10 000 *M* Consols kauft, weiß, daß er 1 *M* Stempel zu zahlen hat. Die Zahl der unter und über *Pari* stehenden Papiere würde sich ziemlich ausgleichen. Socialpolitisch ist es nicht unwichtig, daß der Handel in hochstehenden Papieren dem Handel in niedrigstehenden Papieren gegenüber begünstigt wird, denn die ersteren pflegen im Allgemeinen die solideren zu sein.

Die vorhin citirte goldene Regel von Adam Smith ist nun erfüllt, die Bedenken von Friedberg sind zerstreut. Der Steuerpflichtige und jeder Andere kennt genau die Steuersumme, es bedarf hierzu keiner weitläufigen Rechnung, sondern nur eines Blickes. Wie jetzt die Courtageberechnung das Geschäft nicht aufhält und nicht stört, so künftighin die Steuerrechnung. Diese Leichtigkeit muß das Gesetz noch dadurch erhöhen, daß für kleine Umsätze Fixstempel festgestellt werden, doch muß hierbei die richtige Progression eintreten und nicht wie im Antrage Oechelhäuser eine umgekehrte Progression, welche kleine Umsätze erheblich höher besteuert als große. Ich würde folgende Scala bei Contantgeschäften vorschlagen mit der Bestimmung, daß bei Zeitgeschäften der Satz verdoppelt wird:

von	300—1000 <i>M</i>	—	20 Pfennig,
„	1000—2000 „	—	40 „
„	2000—3000 „	—	60 „

pro Tausend um 20 Pfennig steigend.

Bei jeder Ueberschreitung des Tausend tritt der nächsthöhere Satz ein, z. B. 3100 *M* = 80 Pf. Bei Geschäften über 10 000 *M* (Steuer 2 *M*) werden die Ziffern unter Tausend, bei Geschäften über Hunderttausend die Ziffern unter Zehntausend unberücksichtigt gelassen. Nach diesen Bestimmungen kann die Steuer nur in Sätzen von 20 Pfennigen (bei Zeitgeschäften von 40 Pfennigen) schwanken und die Grenzen sind so fest und klar gezogen, daß Irrthümer so gut wie ausgeschlossen erscheinen.

Eine derartige Progressiv-Scala ist meines Erachtens allein im Stande,

die procentuale Börsensteuer praktisch durchführbar zu machen. Die Berechnung des Effectivgeschäfts ist eine unnütze Erschwerung und würde nicht einmal zu erheblichen Mehreinnahmen führen.

M. H.! Dies sind die Vorschläge, welche ich bezüglich der Börsensteuer zu machen hätte. Schriftliche Beurkundungen des Geschäfts, bei Rechtungiltigkeit und Strafbarkeit mündlicher Geschäfte, Ausschließung des Waarenhandels und des Handels mit fremden Devisen von der Steuer, Verdoppelung der Steuer für Zeitgeschäfte, aber nur eine Steuer von einem Geschäft, Festsetzung der Steuer auf $\frac{2}{10000}$, wovon jeder der beiden Geschäftspartner die Hälfte zahlt, Erhebung der Steuer nicht vom Effectiv-, sondern vom Nominalumsatz und durch Fixirung einer Progressiv-Scala für die Stempelsätze.

M. H.! Wenn wir auf dieser oder ähnlicher Basis eine Börsensteuer erhalten, dann dürfen wir indessen, wie ich schon Eingangs sagte, die Hände keineswegs in den Schoofs legen. Die Börsenfrage ist damit nicht gelöst. Wir können unmöglich die schweren Ausschreitungen der Börsen ertragen, welche dem Nationalwohlstand wiederholt tiefe Wunden schlugen. Wir können nicht dulden, daß durch den Börsenschwindel eine systematische Ausbeutung des Publikums betrieben wird. Wir müssen dem Jobberthum zu Leibe gehen, und das ist nur möglich durch die Börsenorganisation. M. H., die Zeit ist vorgerückt und ich muß mich hier kürzer fassen. Zuerst halte ich es für sehr wichtig, das moralische Niveau der Börse zu heben. Es liegt im Interesse der anständigen Börsenbesucher selbst, wenn ich eine Säuberung der Börse von dem Börsenproletariat fordere. Hierzu ist eine Erschwerung des Zutritts zur Börse nöthig. M. H.! Die schrankenlose Börsenfreiheit, die wir heute haben, ist ein Krebschaden. Wer für 20 *M* eine Börsenkarte löst, ein Notizbuch und Bleistift besitzt, ist Börsenbesucher. Bankerotte Kaufleute, stellungslose Commis gehen an die Börse, und diese Schmarotzer und Parasiten sind es, welche hauptsächlich die Börse verhaßt machen. Sie suchen gerade in den breiteren Verkehrsschichten zum Börsenspiel zu verleiten und meist mit großer Gewissenlosigkeit den kleinen Leuten unsolide Werthe aufzuschwatzen. Haben sie kein Glück, so zahlen sie nicht und bleiben auf ein paar Wochen von der Börse fort; begünstigt sie das Glück, so werden sie — wenigstens Einzelne — schnell reich, und diese prahlenden Parvenüs sind es dann, die wiederum die Börse verhaßt machen. Während der Arbeiter und Bürger sich mühsam durchs Leben quält, sieht er neben sich fragwürdige Gestalten durch noch fragwürdigere Manipulationen zu glänzendem Reichthum gelangen. M. H.! Dem großen Banquier neidet Niemand den alterworbenen Besitz, so wenig wie dem Großindustriellen oder Großgrundbesitzer, aber diese Emporkömmlinge der Börse, die sind es, welche durch nicht selten provocirendes Auftreten Aergerniß erregen.

M. H.! Daß bei erschwertem Zutritt ein großartiger Börsenverkehr möglich ist, das beweisen die Börsen in London und New York. In New York ist überhaupt nur eine bestimmte Zahl Börsenbesucher zugelassen,

der Zutritt kann nur erlangt werden, wenn ein bisheriger Börsenbesucher zurücktritt; die Börsensitze werden verauctionirt und erzielen sehr hohe Sätze. In London ist der Zutritt außerordentlich schwer, ich bitte Sie darüber in dem trefflichen Buch von Emil Struck „Die Effectenbörse“ nachzulesen. In Anlehnung an die Londoner Verhältnisse würde ich vorschlagen, daß an den deutschen Börsen der Zutritt nur gestattet ist, wenn zwei Börsenbesucher für Börsenverpflichtungen des Aufnahmesuchenden bis zu 5000 *M* die Bürgschaft übernehmen. Dadurch würde jeder Börsenbesucher *de facto* eine Sicherheitscaution stellen.

Wichtig halte ich es auch, insbesondere aus steuerpolitischen Gründen, wenn die Börsenbesucher zum Führen kaufmännischer Bücher verpflichtet werden.

Ein anderer Vorschlag, gleichfalls dahin zielend, das Börsenproletariat zu beseitigen, geht dahin, die Börsenbesucher von der Einkommensteuer zu befreien und für dieselben eine eigene Einkommensteuer unter besonderen Cautelen, die zu erörtern hier zu weit führen würde, durchzuführen. Sie wissen, m. H., daß in dem vorjährigen Steuerentwurf der preussischen Regierung eine ähnliche Idee, die Banquiersteuer, bereits enthalten war. Die Börsen-Einkommensteuer wäre mit 4 pCt. (statt der 3 pCt. der preussischen Einkommensteuer) zu normiren und jeder Börsenbesucher müßte bei 10 000 *M* Einkommen jährlich eine Minimalsteuer von 400 *M* entrichten. Auch hierdurch würde in wirksamster Weise der Börsenbesuch erschwert.

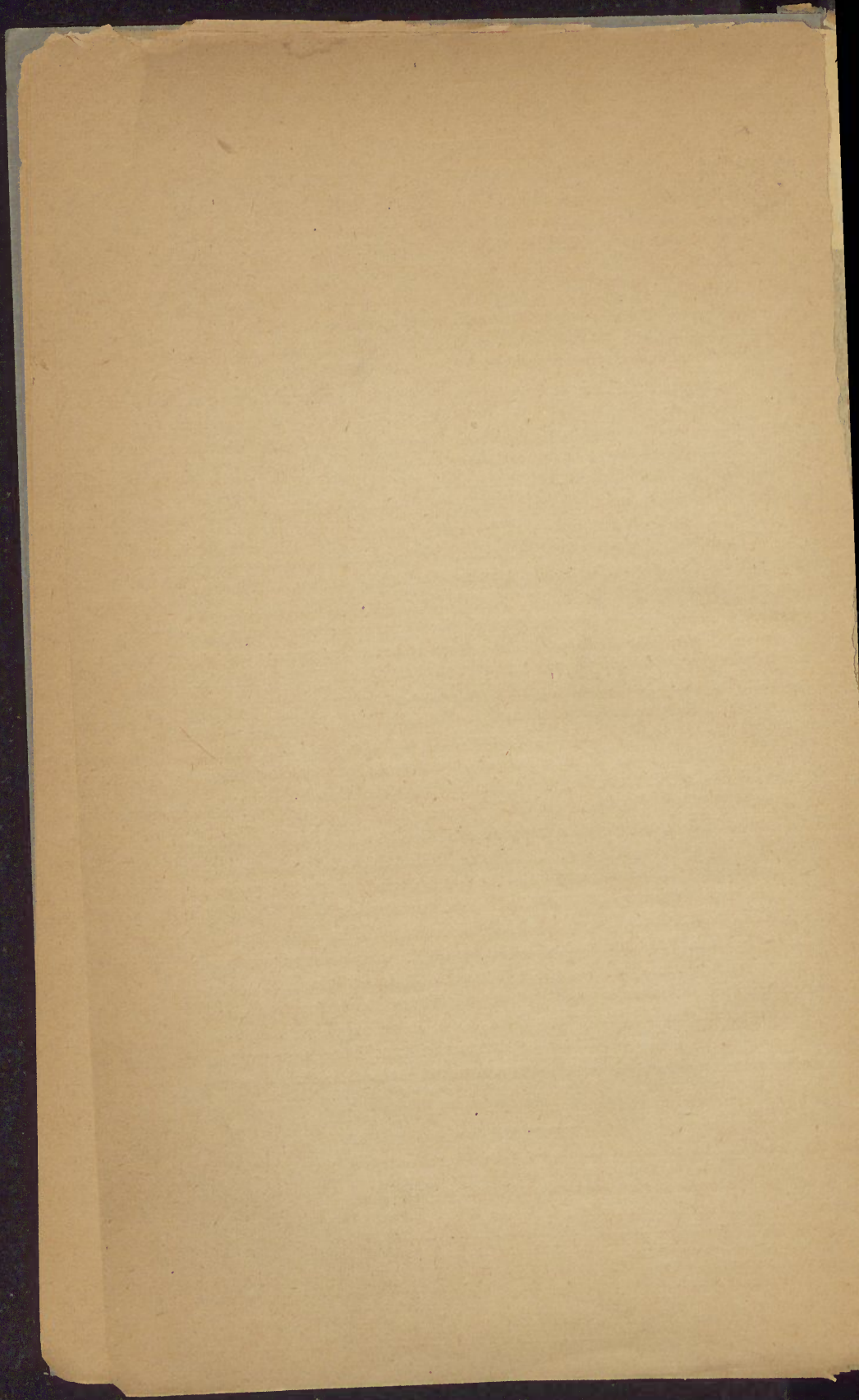
M. H.! Das Maklerwesen liegt bei uns ganz im Argen, hier ist eine Reform dringend nöthig. Ich plaidire für die Einführung öffentlicher Makler. Daß das möglich ist, beweisen die Börsen von Paris und Zürich. Wenn man die viel schwierigeren Obliegenheiten eines Bankbeamten Staatsbeamten anvertraut, warum nicht das Geschäft des Maklers? Freilich dürfte man nicht anstellungsberechtigten Militärs hier eine Civilversorgung schaffen, sondern Kaufleute anstellen, die das Geschäft verstehen. Daran würde es gewiß nicht fehlen.

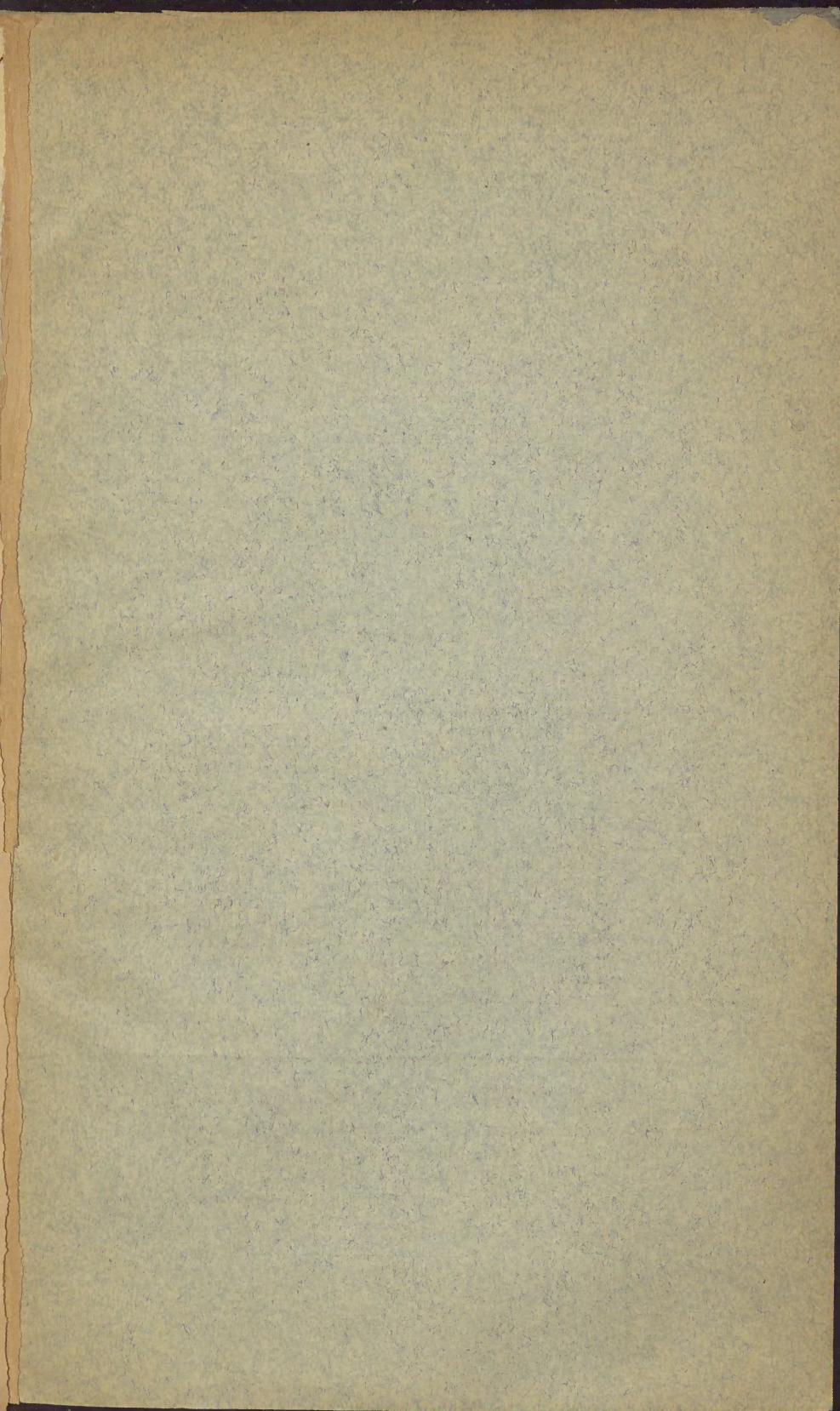
M. H.! Nach Einführung öffentlicher Makler müßte der Maklerzwang durchgeführt werden in der Art, daß nur durch öffentliche Makler abgeschlossene Geschäfte rechtsgiltig sind. Es wäre dann die Möglichkeit einer neuen und wirksamen Börsensteuer gegeben. Die Courtage würde wegfallen und an Stelle derselben die Stempelung der Schlussscheine durch die öffentlichen Makler treten, die Entlohnung dieser würde in einem Rabatt bestehen, den sie vom Staat beim Ankauf der Stempelmarken erhalten. Ich muß mich hier, da die Zeit drängt, auf kurze Andeutungen beschränken. M. H.! Durch diese Art der Entlohnung würden die öffentlichen Makler ihren kaufmännischen Charakter bewahren. Den Börsenbesuchern würde zuzugestehen sein, daß nur die Makler Börsengeschäfte machen dürfen, das Publicum sich demnach ihrer Vermittelung bedienen muß. Die dadurch bewirkte Fernhaltung des Publicums von der Börse halte ich für sehr nützlich; eine Ausbeutung dieses Privilegs würde die Concurrenz verhindern.

M. H.! An einer so organisirten Börse und nur an einer solchen würde die Beseitigung des Börsenschwindels, der Agiotage, der Jobberei, kurz des Differenzgeschäftes, des Börsenspiels möglich sein. Den Abschluß der Organisation bilde eine öffentliche Effecten-*Clearing*-Stelle. Hierhin liefert der Verkäufer die Waare, der Käufer das Geld am Vormittag nach Zustellung des Schlussscheines. Zeitgeschäfte sind nur dann zulässig, wenn wenigstens ein Theil das eingegangene Geschäft erfüllt, wenn also entweder die Effecten oder das Geld bei dem *clearing-house* eingereicht wird, wo dieselben deponirt bleiben, bis an dem festgesetzten Termin der andere Theil des Geschäfts erfüllt ist. Hierdurch ist das nützliche und nothwendige Zeitgeschäft gewahrt. Wer Effecten an einem bestimmten Termine verkaufen will, um an diesem Tage andere Effecten oder Geld dafür zu erhalten, der kann ohne Weiteres diese Effecten inzwischen deponiren. Wer etwa Effecten verkaufen will, die er aus dem Auslande bezieht, der hat hierzu Zeit, wenn er inzwischen den Betrag in Geld deponirt.

M. H.! Das Differenzgeschäft wäre damit beseitigt! Wohl weiß ich, daß die Spielwuth nicht auszurotten ist, allein der legitime Schein wäre ihr genommen, die Spieler müßten unter sich und heimlich jobbern, das legitime Geschäft dominirte an der Börse, die Agiotage vegetirte heimlich in den Verstecken. Die Wirkung würde eine gleiche sein, wie die Bestrafung des Wuchers. Den Wucher hat man damit nicht beseitigt, aber man hat ihn aus einem rechtlich giltigen zu einem strafbaren Geschäft herabgedrückt; ganz analog wäre der Börsenschwindel zu behandeln.

M. H.! Sie werden vielleicht der Ansicht sein, daß ich Sie hier schon zu weit vom concreten Boden der Gegenwart entfernt habe. Indessen, die Entwicklung unserer Zeit ist eine schnelle, was heute noch wie ein kühnes Luftgebilde der Phantasie erscheint, kann eine nahe Zukunft schon verwirklichen. Wer vor 10 Jahren einen Vortrag über Arbeiterversicherung hielt, dem hätte man jedenfalls zugerufen: Schöne Ideen, aber dergleichen ist nie zu verwirklichen! Nun, der eiserne Wille des großen Staatsmannes an der Spitze des Deutschen Reichs hat genügt und das große Problem der Arbeiterversicherung ist zum Theil schon verwirklicht. Da dürfen wir denn auch die Hoffnung hegen, daß die Börsenfrage früher oder später zur Lösung gelangt. Die Nothwendigkeit hierzu ist da, denn die Dinge können nicht so weiter gehen, wie sie gehen, ohne daß unsere wirtschaftliche Entwicklung schwer darunter leidet. M. H.! die Männer der Theorie, zu denen ich gehöre, müssen sich damit begnügen, durch ihre Anregungen die Fragen in Fluß zu bringen, die Männer der Praxis sind dann berufen zu handeln. Wenn ich in diesem Sinn hier anregend wirkte, so ist der Zweck meines Vortrages erreicht.





Verlag von WALTHER & APOLANT in Berlin W., Markgrafenstrasse 60.

„EXPORT“

Organ des Centralvereins für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande.

Erscheint jeden Dienstag in 2 Bogen groß 4^o.

Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark.

Redaction und Expedition: Berlin S.W., Kochstrasse 27.

Abonnirt wird bei der Post, sowie im Buchhandel bei WALTHER & APOLANT, Berlin W., Markgrafenstrasse 60.

Die seit 1879 erscheinende handelspolitische Wochenschrift „EXPORT“, Organ des „Centralvereins für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande“, hat sich unter den deutschen Fabrikanten, Großhändlern und Exporteuren, Agenten und Commissionären des In- und Auslandes einen ausgebreiteten Leserkreis erworben. Der „EXPORT“ verdankt diesen Erfolg seinen mit großer Sachkenntnis verfaßten Leitartikeln, in welchen die wichtigsten handelspolitischen Tagesfragen in einer streng sachlichen, von den politischen Partisanansichten völlig unabhängigen Weise besprochen werden, sowie den zahlreichen **Originalberichten**, deren Verfasser, gewiegte Geschäftsleute, durch ihre jahrelange Praxis und die dadurch gewonnenen geschäftlichen Kenntnisse in der Lage sind, werthvolle praktische Aufschlüsse und Fingerzeige betreffs der allgemeinen Geschäftslage jedes Landes; der zu exportirenden und importirenden Waaren, deren Aufmachung, Verpackung u. s. w. zu geben, so daß der Leser über die wichtigsten Thatsachen und Veränderungen auf dem Weltmarkte fortwährend orientirt bleibt.

Von wesentlichem Interesse sind in dieser Beziehung auch die geschäftlichen „Mittheilungen“ am Schlusse des redactionellen Theiles, in welchen der Leser in einer besonderen Abtheilung des Blattes wichtige Aufschlüsse, Geschäftsofferten u. s. w. aus dem In- und Auslande findet.

Außerdem veröffentlicht der „EXPORT“ die Berichte, welche dem „Centralverein für Handelsgeographie etc.“ von den zahlreichen (bis jetzt 140), im Auftrage desselben nach Süd- und Nord-Amerika, Mexiko, Afrika und Australien gesandten Forschungsreisenden, Ingenieuren etc. zugehen.

In der **Litterarischen Umschau** unterzieht die Redaction die ihr eingesandten Werke, soweit sie für Handel und Industrie, Geographie u. s. w. von Interesse sind, einer eingehenden sachlichen Besprechung.

Die Dampfschiffs-Gelegenheiten nach dem überseeischen Auslande werden dem Leser im **Briefkasten** mitgetheilt; ebendasselbe werden persönliche Anfragen, sowie geschäftliche Verhältnisse von allgemeinerem Interesse besprochen und erledigt.

Anzeigen werden für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 50 Pfennig berechnet.

Die agrarischen Fragen der Gegenwart

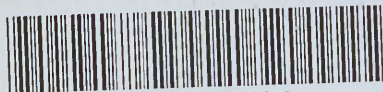
nebst Vorschlägen für die preussische Agrarpolitik

von **Otto Boldt**, Landrath a. D.

8°. 115 Seiten. — Preis 3 Mark.

Das Buch ist durch jede Buchhandlung zu beziehen; auch direct von der Verlagshandlung, welche dasselbe franco ohne Portoberechnung im Deutschen Postgebiet versendet.

Gedruckt bei Julius Sittenfeld in Berlin W.



206\$0146759X